

Deutschland.

□ **Berlin, 14. März.** Herr Meding setzt seine welfischen Turniere in Paris fort, da ihm jedenfalls hinreichende Mittel zur Verfügung stehen, seine Schlächter zu Gunsten des Welfenthums auf dem Papier weiter zu liefern. Sein schon früher erwähnter Protest in den Zeitungen hat übrigens fast gar keine Beachtung gefunden. Andererseits ist die Sequestration, die von der preussischen Regierung über das Vermögen Königs Georg verhängt worden ist, um dadurch der welfischen Agitation entgegenzutreten, von allen europäischen Mächten als gerechtfertigt anerkannt worden. Wenn Herr Meding in der „Situation“ von einer von 850,000 Hannoveranern unterzeichneten Adresse an die europäischen Großmächte spricht, worin ausgesprochen werde, daß die hannoversche Bevölkerung noch an König Georg hänge und daß sie daher der neuen Ordnung der Dinge in Hannover ihre Anerkennung versagen müßte, so müssen außer den Kindern und Säuglingen auch noch die Frauen als Mitunterzeichner figurieren, denn Hannover zählt etwa 1,800,000 Einwohner, unter denen sich nur 641,000 in dem Alter von 14—90 Jahren befinden. Was übrigens die Antecedenten des Herrn Meding betrifft, so mag daran erinnert werden, daß er in Preußen unter dem Ministerium Manteuffel längere Zeit der Sache der Regierung gedient hat. Es muß also an geeigneteren Persönlichkeiten fehlen, die sich dazu hergeben, die Sache des Welfenthums zu führen. — Es ist in den Blättern die Mittheilung enthalten, daß die Direktoren der Wiesbadener Spielbank in Berlin wegen Verhandlungen mit der Regierung anwesend seien. Wenn damit gesagt sein soll, daß das Gesetz wegen der Spielbanken nicht publiziert oder nicht ausgeführt werden solle, so ist dies eine leere Voraussetzung. Die Veröffentlichung des Gesetzes ist nur durch zufällige, mit der Sache nicht im Zusammenhang stehende Umstände verzögert worden. Eben so unrichtig ist, daß bereits Verhandlungen mit den Direktoren der betreffenden Bank stattgefunden haben. Dieselben werden allerdings später insofern deshalb eintreten müssen, weil die früher gepflogenen Verhandlungen mit den Bestimmungen des betreffenden Gesetzes in Uebereinstimmung zu bringen sind. — Die liberale Presse eifert sich in lächerlicher Weise über den Entwurf einer Kreisordnung, welchen der Minister des Innern den Vertrauensmännern vorzulegen willens ist, und kritisiert bereits eine Arbeit, die sie überhaupt gar nicht kennen. Das Wunderbarste ist, daß diese liberalen Korrespondenten dabei dem früheren Schwerin'schen Entwurf in begeistertster Weise das Wort führen, ohne zu bedenken, daß derselbe seiner Zeit dieselben Angriffe erfahren hat, wie jetzt der Eulenburg'sche, den sie nebenbei nicht einmal kennen. Daher paßt es denn auch, daß u. A. die „Elberfelder Zeitung“ Details über den letzteren Entwurf giebt, der gerade das Gegentheil von dem sagt, was derselbe wirklich enthält. Es geht auch daraus wieder hervor, daß die liberale Partei die Angelegenheit durchaus nicht mit Ernst und Einsicht behandelt, sondern daß sie dieselbe nur für ihre polemischen Partei Zwecke und zwar in der ungeschicktesten Weise mißbraucht. — Die demokratische Partei pflegt sich bekanntlich u. A. auch zu rühmen, daß sie die Hülfleistung für Ostpreußen nicht nur angeregt, sondern auch das Beste zur Abhilfe des Nothstandes dabeist beigetragen habe. Für diese Behauptung ist die Rechnungslegung des „Bürger- und Bauernvereins“ sehr belehrend, in dessen Redaktionsbüreau alle demokratischen Gaben zusammengelassen sind. Es geht daraus hervor, daß die demokratische Sammlung Alles in Allem 80,000 Thaler, also etwa den 20. Theil von dem beträgt, was durch alle patriotischen Vereine zusammengebracht worden ist.

Berlin, 15. März. Se. Majestät der König wohnte heute Vormittag mit mehreren Prinzen und Prinzessinnen dem Gottesdienste im Dome bei. Ihre Majestät die Königin hörte die Predigt in St. Elisabeth, Se. K. H. der Kronprinz in der Garnisonkirche. — Mittags ertheilte Se. Majestät dem Vauquier v. Oppenheim aus Köln Audienz. Hierauf begaben sich die Majestäten und die übrigen hohen Herrschaften in die Diakonie, welche Professor Mantius zum Besten der Nothleidenden in Berlin in der Singakademie veranstaltet hatte. — Nach einer Spazierfahrt hatte Se. Majestät der König Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und dem Minister des Innern Grafen Eulenburg. — Um 5 Uhr fand im königlichen Palais die Familienfeier statt. Abends besuchten die höchsten Herrschaften die Vorstellung im Opernhaus mit einem Besuche.

— **33. K. K. H.** der Prinz und die Prinzessin Karl begaben sich gestern Vormittag zur Beglückwünschung des Generals der Kavallerie a. D. v. Tümpin und seiner Gemahlin, welche gestern ihr goldenes Hochzeitfest feierten, nach Potsdam und kehrten Mittag hierher zurück.

— Der Prinz Napoleon, welcher am Freitag Abend, nach dem Schluß der Balletvorstellung im Opernhause, noch im Hotel der französischen Botschaft verweilte, ist gestern früh 6 Uhr mit seinem Gefolge nach Dresden abgereist, wird daselbst bis zum 17. verweilen und dann auf der Rückreise nach Paris das Krupp'sche Etablissement zu Essen besuchen. Der Prinz, welcher über seine Aufnahme in Berlin wiederholt seine Freude ausgesprochen, hat seine baldige Rückkehr in Aussicht gestellt. Neben den zahlreichen Bittgesuchen sind, wie die „Spre. Bz.“ hört, dem Prinzen auch Geschenke von solchen Personen überreicht worden, die dafür einen Orden erwarten.

— Beim Appellationsgericht (früher Ober-Appellationsgericht) in Celle waren die beiden Vicepräsidentenstellen bisher unbesetzt. Für die eine dieser Stellen ist jetzt der Ober-Appellationsgerichtsrath Meyer hier selbst ernannt worden, ein geborner Hannoveraner, der bis zum September v. J. Ober-Appellationsgerichtsrath in Celle war. Die andere Stelle ist dem Vicedirektor des Oberger-

ichts in Hannover, Franke, verliehen worden, der früher im hannoverschen Justizministerium angestellt war.

— Der Professor Glaser (Mitglied des Abgeordnetenhauses), bloßer Lehrer der Staatswissenschaften an der Universität Königsberg, aber seiner Familienverhältnisse wegen zur Zeit beurlaubt und in Berlin sich aufhaltend, wird jetzt, wie die „N. Pr. Bz.“ meldet, nach dem Tode seiner Frau in Folge eines höheren Orts genehmigten Tausches als Lehrer in denselben Disziplinen an die Universität Marburg gehen.

— Wie bereits mitgetheilt, liegt es in der Absicht, dem norddeutschen Reichstage ein Gesetz wegen Etablierung eines Ober-Rechnungs-Hofes für den norddeutschen Bund vorzulegen. Dieser Entwurf schließt sich, nach der „B. Z.“ im Wesentlichen an einen früheren Entwurf des preussischen Gouvernements an und würde danach die Hauptbestimmung wohl die sein, daß die Mitglieder dieses Ober-Rechnungshofes eine mehr richterliche Stellung erhalten und daher nur unter gewissen gesetzlich festgestellten Bedingungen versetzt oder entlassen werden können. Ob diese Bedingungen bereits selbst in dem Gesetzentwurf enthalten sind oder ob darüber demnächst ein besonderes Gesetz erlassen werden soll, weiß das genannte Blatt nicht.

— Von Seiten des Kriegsministeriums ist aus Veranlassung eines konkreten Falles die Entscheidung getroffen worden, daß eine zweite Ueberbrückung der Elbe in der Nähe Magdeburgs einzig und allein in dem Falle gestaltet werden könne, daß diese Ueberbrückung in unmittelbarem Schutze der Magdeburger Citadelle zu stehen komme. Es hat diese Entscheidung eine große Wichtigkeit für verschiedene schwebende Bahnprojekte.

— (Post.) Der Kriegsminister v. Moos trifft nunmehr bestimmt gegen Ende dieses Monats von seiner dreimonatlichen Urlaubreise in Berlin ein. Derselbe wird zum 1. April c. sein Portfeuille übernehmen. Graf v. Pöbelsfeld tritt in seinen früheren Wirkungskreis als Direktor des Allgemeinen Kriegs-Departements zurück, welchem Ressort bisher der Oberst v. Karczewski, Abtheilungschef, vorstand.

— Nach einer Mittheilung des „Altoner Merkur“ aus Kiel erhält der Staatsrath Brande jetzt als früherer schleswig-holsteinischer Beamter von der preussischen Regierung eine Pension von 3000 Thlr. Es wird bemerkt, daß die Ansprüche des Hrn. Brande auf Vortrags- oder Pension aus seiner früheren Stellung in Schleswig-Holstein hier erst zur Erörterung gekommen sind, nachdem der Erbprinz von Augustenburg ihm die seinerseits zugesicherte Pension wegen Brande's Eintritt in das Abgeordnetenhaus entzogen hatte.

— (B. B. Z.) Im Kriegs- und Marine-Ministerium werden augenblicklich die Etatsätze für das Budget des norddeutschen Bundes geregelt. Der „M. B.“ wird berichtet, es handle sich um ein nicht unerhebliches Plus, welches für Heer und Flotte gefordert werden würde. Die Mehrforderungen rüssten auf das Extraordinarium des Etats gebracht werden, weil man sie als solche nicht ansieht, welche für 1870 wieder in Fortfall kommen können. Nach anderer Ansicht reichen die Ordinarien des ersten ordentlichen Militär-Etats überhaupt nicht hin und es würde sonach nichts weiter übrig bleiben, als den Reichstag für die Erhöhung der regulären fortlaufenden Ausgaben zu gewinnen.

— Wie der „Bürger- und Bauernfreund“ hört, ist die gegen den früheren Abgeordneten Brenzel wegen einer Kammerrede, in welcher Beleidigung und Verleumdung des Präsidenten Maunach gesunden wurde, verhängte Strafe: niedergeschlagen, da der Fall schließlich unter die zur Amnestie gehörigen gerechnet wird. Somit erhält er auch die bereits gestifteten Vertheilungen zurück.

— Die Stadtverordneten-Versammlung trägt sich mit der Absicht, den Grafen Schwerin-Pupar zum unbefoldeten Stadtrath zu wählen. Der Herr Graf wird, so schätzendwerth seine Mitarbeit im Magistrats-Kollegium auch sein würde, hofentlich lieber seine ganze Kraft der parlamentarischen Thätigkeit widmen, welche ohnedies, wie es scheint, von Jahr zu Jahr anstrengender wird.

Bremen, 14. März. Ueber das gestrige Eisenbahn-Unglück bei Langwedel schreibt man der „B. B. Z.“: Der Zug hätte hier von Hannover 5½ Uhr Nachmittags eintreffen müssen, statt dessen wurde an die Bahnverwaltung telegraphirt: „Zug bei Langwedel entgleist, schnell Herzu, Arbeiter und leere Wagen schicken.“ — Daraus mußte man schließen, daß ein großes Unglück geschehen sei. Viele hatten Angehörige auf dem Zuge, sie schwebten in der peinlichsten Ungewissheit, das Welchen, das Fragen wollte kein Ende nehmen, und doch konnte keiner Auskunft geben. Der Bahnhof-Bewalter hatte sofort nach Herzu geschickt, nach langem Suchen gelang es, zwei aufzufinden und sofort wurden sie mit einem Extrazug nach der Unglücksstelle zwischen und Verden geschickt. Unterwegs traf man auf dem Bahnhofe Vorkehrungen für den Weitertransport etwaiger Verwundeten; Stunden vergingen, ehe der Telegraph weitere Nachrichten nach Bremen brachte, denn die Telephonleitung war ebenfalls zerstört. Endlich liefen Depeschen von Passagieren ein. Jeder telegraphirte zwar den Seinigen, daß er wohl sei, allein von den Anderen war keine Rede, und wenn auch der Bewalter den Anwesenden versicherte, daß kein Passagier verunglückt sei, so glaubte man ihm nicht. In später Nachtstunden trafen denn endlich genaue Nachrichten hier ein. Danach war die Maschine zuerst entgleist, und der Tender, welcher auf dieselbe hinaufgestürzt war, hatte den Lokomotivführer Höper sofort getödtet und den Fährling Friedrich schwer verwundet. Der Regulator der Maschine war dem Verheeren tief in den Leib gedrungen; er hatte noch ¾ Stunden unter den furchterlichsten Qualen gelebt. Außer Lokomotive und Tender waren drei Wagen von den Schienen gerathen. Daß das Unglück nicht größer geworden ist, kann nur dem Bremser zu danken sein, der die Entgleisung sofort bemerkte, und alle Kraft aufzubieten hatte, den Zug zum Stehen zu bringen.

Außer den beiden Vorgenannten war ein Postbeamter schwer verwundet, von den Passagieren dagegen war keiner zu Schaden gekommen. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht ermittelt, doch wird berichtet, daß die Schiene an der betreffenden Stelle angefault und die Schienen in Folge dessen gesunken seien.

Lübeck, 14. März. Gutem Vernehmen nach wird dem norddeutschen Reichstage in der bevorstehenden Session ein Gesetzentwurf über die Regelung des Auswanderungswesens, sowie über die Einsetzung von Admiraltätsgerichten zur Ueberwachung desselben vorgelegt werden.

Dresden, 14. März. Prinz Napoleon machte um 1 Uhr einen Besuch bei Hofe und empfing bald darauf den Gegenbesuch des Königs. In den Nachmittagsstunden wurden die Gemäldegalerie und das grüne Gewölbe besichtigt. Das Diner nimmt der Prinz bei den Majestäten. — Der wegen eines Attentats auf den Kronprinzen verhaftete Schirmmacher Sievert leidet, wie sich herausgestellt hat, an einer Geisteskrankheit.

— Im Zwickauer Brückenbergschachte führten schlagende Wetter heute früh eine Explosion herbei, welche 9 Menschen tödtete und 23 verwundete.

Dresden, 15. März. Der Prinz Napoleon hat gestern Abend der Vorstellung im Hoftheater beigewohnt und später bei dem Kronprinzen den Thee eingenommen. — Der Prinz ist heute früh 6½ Uhr nach Leipzig abgereist.

Leipzig, 15. März. Der Prinz Napoleon ist soeben (um halb 10 Uhr), von einer zahlreichen Menschenmenge erwartet, hier eingetroffen. Nach einem Dejeuner beim französischen Konsul, woran auch die Spitzen der hiesigen Behörden sich theilnahmen, besuchte der Prinz die Kunstanstalt von Giesede und Devrient. Abends wird er der Theatervorstellung beiwohnen und morgen nach Rassel abreisen.

Altenburg, 10. März. Der Landtag hat in Betreff der Domänenangelegenheit beschlossen, den Absichten des Herzoglichen Hauses gemäß auf eine definitive Auseinandersetzung der vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen Domänen- und Staatsfiskus Bedacht zu nehmen, und die von der Regierung gemachte Vergleichs-Proposition zur Basis der Verhandlungen anzunehmen. Von Interesse ist eine von dem Staatsminister v. Gerstenberg abgegebene Erklärung, welche die von dem Herzoglichen Hause gemachte Proposition als den Grundstein einer den veränderten Zeitverhältnissen entsprechenden Reorganisation des Herzogthums bezeichnet. Es heißt in der Erklärung dem „Dr. Journ.“ zufolge weiter: Es gelte dem Herzoglichen Hause, unabhängig von der Richtung und Strömung der Zeit, seine große bedeutende Stellung im Interesse des Einzelstaates wie des großen Ganzen zu sichern und gewissermaßen neu zu begründen, dabei aber dem Lande diejenigen Entschädigungen zu geben, welche seiner veränderten Bedeutung innerhalb des großen Nationalstaates entsprächen, zugleich aber ihm bestimmte Vorzüge dauernd zu erhalten geeignet seien. Die notwendige Stärkung und Festigung der Stellung des Herzoglichen Hauses glaube man aber nicht anders finden zu können, als wenn dasselbe wieder auf die alten Grundlagen seiner Macht, auf seinen Grundbesitz zurückgreife und sich, wie früher, vorzugsweise mit darauf stütze, daß es als erster und größter Grundbesitzer aus dem Gemeinwesen sich erhebe. Wie der Herzog im vollen Entgegenkommen der Bestrebungen des deutschen Volkes einer der Ersten gewesen sei, der wesentliche Hofrechtsrechte zu Gunsten einer starken Centralgewalt aufgegeben habe, so sei er auch jetzt wieder bereit, für eine den Interessen des Landes entsprechende Lösung dieser wichtigsten innern Frage finanzielle Opfer nicht zu scheuen; deshalb habe er befohlen, daß in der Vergleichs-Proposition der gegenwärtig faktische Miteigenthum des Landes am Abwurfe des Domänenvermögens zur Unterlage der Auseinandersetzung genommen werde und die dem entsprechenden Vermögenstheile unter näher festzustellenden Bedingungen auf ewige Zeiten in das Eigenthum des Landes übergingen.

Ausland.

Wien, 14. März. Im Abgeordnetenhaus wurde Seltens der Regierung ein Gesetzentwurf über die Organisation der politischen Verwaltungsbehörden eingebracht. — Die ungarische Delegation bewilligte das Marinebudget, 7,508,477 Gulden, und das außerordentliche Budget für die Armee im Betrage von 28,347,762 Gulden.

Wien, 15. März. Wie die „Neue freie Presse“ erfährt, liegen die nachfolgenden Finanzvorlagen fertig vor: Der Verlauf von Staatseigenthum bis zum Belaufe von 25 Millionen Gulden innerhalb dreier Jahre. Die Einführung einer dreijährigen außerordentlichen Vermögenssteuer. Die Umfassung der Staatschuld einschließlich der Erhöhung der Couponssteuer um 10 Prozent. Die Erhöhung der Gewinnsteuer soll 15 Prozent betragen. — Zu dem Berichte, in welchem der Finanzminister die vorstehenden Finanzvorlagen motivirt, wird berichtet, daß die 10 Prozent, um welche die Couponssteuer erhöht werden soll, genau dem Rathschlage der Staatschuld entsprechen, welchen die cisleithanischen Länder zu übernehmen rechtlich nicht verpflichtet waren und zu welchem Ungarn weniger beiträgt.

— Eine gestern stattgehabte Versammlung der Aktionäre der Nationalbank hat ein Programm angenommen, welches von dem Seltens des Bankauschusses vorgeschlagenen Uebereinkommen abweicht. Folgendes sind die Hauptpunkte dieses Programms: Reduzierung des Bankfonds auf 75 Millionen Gulden. — Garantie einer siebenprozentigen Gesamtdividende für den Bankfonds Seltens der Staatsverwaltung. — Ein Antheil des Reinertrages für den Reservefonds. — Entschädigung der Bank für die Nachtheile der Ausgabe von Staatsnoten, falls Abänderungen nicht konzedirt werden und die Regierung die Liquidation beantragt. Schließlich wird der Regierung vorgeschlagen, auf diese Punkte einzugehen.

Triest, 14. März. Levante-Post. Konstantinopel, 8. März. Der aus Kandia hierher zurückgekehrte Großvezier hat die Erklärung abgegeben, daß der Aufstand in Kandia thatsächlich beendet sei und nur einige Hundert griechischer Guerillas, welche sich in den Bergen aufhalten, noch Veranlassung zu Unruhen geben. Die Regierung hat zwei Lloyd-Dampfer gemietet, welche die letzten Flüchtlinge zurücktransportieren sollen.

Haag, 14. März. In der zweiten Kammer legte die Regierung diplomatische Dokumente vor, zu dem Zweck, aus deren Inhalt die Haltung der Regierung in der Limburger und der Luxemburger Frage zu rechtfertigen. Die Regierung beabsichtigt darzutun, daß es in dem ursprünglichen Entwurf zum Londoner Vertrag keineswegs um eine Garantie Hollands gehandelt, die Regierung jedoch schließlich sich dazu entschlossen habe, in der gewöhnlichen Uebersetzung, daß anderenfalls der Krieg zum Ausbruch gekommen wäre.

Brüssel, 14. März. Die Repräsentantenkammer genehmigte den Gesetzentwurf, durch welchen die militärische Präsenzdauer auf 27 Monate festgesetzt wird, mit 87 gegen 27 Stimmen. Außerdem wurde das Gesetz über die neue Armeeorganisation mit 69 gegen 27 Stimmen angenommen.

Genf, 14. März. Die Genfer Vorstadt Carouge hat eine Demonstration gegen den Klerus gemacht, weil den Ordensbrüdern von Ignatius die Eröffnung einer Schule bewilligt wurde. Der Gemeinderath hat demzufolge seine Demission eingebracht.

Paris, 12. März. Das ordentliche und das außerordentliche Budget für 1869 sind heute ausgegeben worden. Das erstere bildet mit den dazu gehörigen Motiven einen stattlichen Quartband von 876 Seiten. Das außerordentliche Budget beansprucht nur die bescheidene Zahl von 143 Seiten. Wir geben einstellend folgendes Näheres über die Budgets des Krieges und der Marine:

Das ordentliche Kriegsbudget beläuft sich auf 381,694,552 Fr., d. h. 33,563,314 mehr, als im Jahre 1868. Das außerordentliche Kriegsbudget erhöht sich auf 37,875,000 Fr. und übersteigt den ursprünglichen Voranschlag für 1868 um 23,009,000 Fr. Rechnet man aber zu letzterem noch das rektifikative Budget hinzu, so ergibt sich für 1869 noch eine Verminderung von 34,157,000 Fr., die zum Theil, wie das Exposé sagt, von dem langsameren Vordringen der Waffen-Fabrikation herrührt. Am besten wird man auch für das Jahr 1869 das rektifikative Budget abwarten, um sich eine bestimmte Ansicht über die Zunahme und Abnahme der Ausgaben zu bilden. Die 37,875,000 Fr. außerordentliche Ausgaben zerfallen in 1,320,000 Fr. für Artillerie, 22,900 Fr. für Umgestaltung der Bewaffnung, 13,655,000 Fr. für Gewehre. Im letzten Kapitel fallen die bedeutendsten Ausgaben auf Meß und Me. Auf ersterem Platz werden 1869 vier Millionen Fr. verwandt werden, gerade so viel, wie im Jahre 1868 und zwar für Verbesserung der Forts Mosele und Bellefleur 700,000, für Pulvermagazine und Kasernen 300,000, für die Reuanlage äußerer Forts 3 Millionen. Auf Meß werden, abgesehen von der Gesamtsumme von 5,600,000 Fr., welche die Stadt für Erweiterung der Befestigungen zuzuschleßt, im Jahre 1869, gerade wie 1868, 2 Millionen verausgabt. Auf Velfort wird 1 Million, auf Straßburg eine halbe Million Fr., auf Langres werden 600,000 Fr. sowohl 1868 wie 1869 verwandt werden; auf Lyon 860,000 Fr.; — für 12 Plätze von Düstlichen an über Douay, Condé bis Schlestadt und Les Rousses werden zur Ausbesserung und Bedeckung von Pulvermagazinen 800,000 Fr. zusammen ausgegeben werden, womit der hierfür ausgeworfene Kredit von 2 Millionen Fr. erschöpft, d. h. die Arbeit beendet ist. — Das ordentliche Marinebudget für 1869 beträgt 163,237,752 Fr., d. h. 15,186,270 Fr. mehr als im Jahre 1868. Das außerordentliche Budget beläuft sich auf 21,500,000 Fr. Der im Jahre 1867 aufgestellte Umgestaltungsplan für die Flotte ist noch nicht völlig durchgeführt, sondern erheischt noch den Bau von 63 Kriegsschiffen, worunter 12 Panzerfregatten. Diese 63 Fahrzeuge werden noch ohne die Artillerie einen Kostenaufwand von 105,154,000 Fr. verursachen, von denen 13,500,000 Fr. auf das Jahr 1868 und 14,500,000 (vorläufig) auf das Jahr 1869 kommen. Die Beschaffungskosten der neuen Schiffartillerie sind im Ganzen auf 21,800,000 Fr. veranschlagt, von denen im Jahre 1869 sieben Millionen ausgegeben werden sollen. Ende 1867 zählte die französische Flotte 386 Fahrzeuge, worunter 16 Panzerfregatten, 3 Panzerkorvetten, 12 nicht gepanzerte Linienkrieger, 17 nicht gepanzerte Fregatten, 67 Korvetten, Aviso's und Kanonenboote, 73 Transportschiffe, 26 Küstenschiffe und schwimmende Batterien u. Segelschiffe zählt die französische Kriegsmarine nur noch 70, nämlich 20 Transportschiffe und 50 kleine Küster zur Ueberwachung des Fischfangs u.

Die gestern erwähnte Broschüre in Quart wird augenblicklich in der kaiserlichen Druckerei gedruckt. Ihre Verfasser sind der Kaiser und der Kabinetsschef, Herr Comte. Sie enthält alle Dokumente, die sich auf die Herstellung und Entwicklung des Napoleonischen Regimes in Frankreich beziehen. Diese Altentwürfe fangen beim Konsulate an und enden mit dem Verfassungswerke von 1852. Darauf folgt eine Darstellung der Vervollkommenungen, welche letzteres im Laufe der Jahre erfahren, und die darauf berechnet ist, es zur Anschauung zu bringen, daß der Kaiser weitere Umgestaltungen nicht mehr für geboten hält. Den Schluß macht dann ein statistisches Tableau, welches genau die Zahlenverhältnisse aller der Abstimmungen wiedergibt, welche seit Einführung des allgemeinen Stimmrechts in Frankreich bei Gelegenheit der verschiedenen Senatus-Konsulten u. abgegeben worden sind.

Paris, 14. März. Die neuen Bureau des gesetzgebenden Körpers haben kommissarisch den Antrag auf Autorisation zur gerichtlichen Verfolgung Kervoguens beraten. Vier Stimmen waren dafür, vier dagegen, eine Stimme blieb zweifelhaft.

Im gesetzgebenden Körper kündigte der Staatsminister Rouher auf nächste Woche die Einbringung eines Gesetzentwurfs behufs Abhilfe des Nothstandes in Algerien an. Bei der Beratung der Vorlage über das Vereinsrecht unterstützt Preusse deren Inhalt. Dülfer erklärt, das Vereinsrecht sei ein populäres Recht par excellence und datire vom Jahre 1862. Er demotiert in ruhiger Auseinandersetzung die Einwürfe, welche sich auf künftige Gewaltthätigkeiten früherer Perioden stützen. Das vorliegende Gesetz sei kein freies, aber die Stunde thatsächlicher Freiheit sei gekommen. Die General-Diskussion wurde geschlossen und das von der Opposition eingebrachte Amendement für absolute Freiheit des Vereins-

rechts verworfen. Bei Beratung des Artikel I. äußerte Rouher in Entgegnung auf eine Behauptung Jules Favre's, daß der Artikel keineswegs Diskussionen über industrielle Fragen in öffentlichen Vereinen unterlasse. Wenn er im vorigen Jahre den Zusammentritt eines gewissen internationalen Kongresses in Paris untersagt habe, so sei das dem Umstande zuzuschreiben, daß jene Versammlung keine zufällige, sondern eine gesellschaftliche Organisation gewesen sei. Der Artikel wurde angenommen. Am Montag wird die Debatte fortgesetzt.

— „Estandard“ demotiert die Nachricht, daß der jetzige Minister des Innern an Stelle Baroche's das Justizministerium übernehmen werde.

— Die „Patrie“ meldet: Die Ruhe in Toulouse ist wieder hergestellt. Auf richterlichen Befehl ist der Räubersführer verhaftet worden. Die Proklamation des Generals Goyon hat eine ausgezeichnete Wirkung hervorgerufen.

— „La France“ theilt mit, daß Prinz Napoleon morgen in Paris zurück erwartet wird.

Florenz, 14. März. In der Deputiertenkammer wurde die am Donnerstag von Crispi angeordnete Tagesordnung mit 213 gegen 103 Stimmen verworfen. Die Kammer acceptierte dagegen eine von Minghetti gestellte Tagesordnung: Das Kabinett zur Ausarbeitung einer blauen Monatsfrist einzubringenden Bill aufzufordern, durch welche derartige Ersparnisse und sonstige Mobilisationen herbeigeführt würden, daß dem Staatsschatz dadurch ein Gewinn von hundert Millionen im Budget pro 1869 erwachsen müßte. Die Kammer genehmigte auch einen von Vargoni in die Tagesordnung eingeführten Antrag, daß die Kammer zwar die Vorlage über die Maßsteuer in Beratung ließe, aber die endgültige Genehmigung bis zur Erledigung aller anderen Finanz-Maßnahmen aufschieben solle. Der Finanzminister Graf Cambray-Digny schloß sich diesen Anträgen an. Darauf begann die Diskussion über die Maßsteuer. Ferrati erklärte sich gegen dieses Projekt.

— Durch königliche Verordnung vom 12. d. sind 14 neue Senatoren ernannt.

— Der Senat hat heute die Budgets des Kriegs-, Marine-, Unterrichts- und Handelsministeriums und sodann das gesamte Ausgabebudget für 1868 mit 67 gegen 3 Stimmen angenommen.

— In der Deputiertenkammer brachte heute der Finanz-Minister einen Gesetzentwurf über die Einkommensteuer ein. In demselben ist vorgeschlagen, die Einkommensteuer bei der halbjährlichen Zinszahlung für die Staatsschuld in Abzug zu bringen, jedoch fremde Besitzer von italienischen Rententiteln, wenn sie auswärtig ihren Wohnsitz haben, von der Besteuerung auszunehmen.

Rom, 14. März. Außer den bereits gemeldeten sind gestern noch folgende Ernennungen vollzogen: Mgr. Ferrieri und Mgr. La Balotta zu Kardinalen, Mgr. Pasca zum Major Domus des Papstes; zu päpstlichen Nuntien sind designirt: Der Unterstaatssekretär Mgr. Marini für Madrid, Drigila für Lissabon, Cattani für Belgien; ferner Bianchi zum Internuntius für Haag, Agnoli zum Chargé d'Affaires für die Schweiz.

Madrid, 14. März. Alle Gerüchte über neuerdings ausgebrochene Unruhen werden vollständig in Abrede gestellt. Es herrscht im ganzen Lande Ruhe. Seitens der spanischen Regierung sind zwei auf deren Rechnung in England erbaute Panzerfregatten daselbst in Empfang genommen worden.

Belgrad, 14. März. In dem bosnischen Ort Graonica ist es zu einem blutigen Konflikt zwischen Vaskibojas und bosnischen Christen gekommen; beide Theile hatten Tode und Verwundete.

Suez, 12. März. Nach Privatbriefen vom britischen Hauptquartier der abyssinischen Expedition war ein Rekognoszierungskorps im Begriff, nach dem See Abgange (im abyssinischen Königreiche Tigre) aufzubrechen.

Washington, 4. März. Das Haus der Repräsentanten hat (wie durch Kabeltelegramm bereits bekannt) die zwölf Artikel der Anklage gegen den Präsidenten angenommen. Dieselben lauten dahin, daß er gegen die „tenure of office-Bill“ gehandelt, indem er versucht habe, Stanton von seinem Amte als Kriegsminister zu entfernen und Thomas ohne Zustimmung des Senats an seine Stelle zu setzen. Er habe ferner sich des öffentlichen Eigentums im Departement des Krieges bemächtigen wollen. Er habe gegen das Armeegesetz gehandelt, indem er den General Amory angewiesen, Befehlen zu gehorchen, die ihm nicht vom General Grant zugegangen waren. — Er habe die Befehlsmäßigkeit des Kongresses bestritten, indem er den Versuch gemacht, die Ausführung der Rekognoszierungs-Gesetze zu verhindern und indem er den Kongress bei öffentlichen Anreden in Ausdrücken, welche mit der Würde des Oberhauptes der Regierung unvereinbar seien, angegriffen habe. Ueberhaupt habe er die Verfassung durch Nichtbeachtung der Gesetze verletzt. Das Haus der Repräsentanten erwählte Bingham, Stevens, Boutwell, Butler, Wilson, Williams und Logan zu einem permanenten Ausschusse für die Führung der Anklage. Die demokratischen Mitglieder des Repräsentantenhauses enthielten sich der Abstimmung und erließen einen Protest, welcher jedoch von dem Hause nicht entgegengenommen wurde. Sie erklärten in dem Proteste, daß die Majorität gewaltig gehandelt habe, indem sie die Debatte nur auf die Anklageartikel beschränkte, daß sie ferner in ungeheurer Hast vorgegangen sei, da sie die Anklage durch ein stilles Parteivotum beschlossen. Die demokratischen Mitglieder erklärten ferner die Anklage als einen bloßen Parteiver Versuch, eine koordinirte Staatsgewalt zu unterdrücken. Das Haus hat dem Finanzausschusse eine Bill überwiesen des Inhalts, die fernere Ausgabe von Staatspapieren zu prohibiren, mit Ausnahme jedoch der fünf-zwanziger Bonds zum Umtausche gegen Sieben-Dreißiger Bonds und der dreiprozentigen Certifikate zum Umtausche gegen „Compound interest notes.“ Beim Senate ist der Antrag gestellt worden, die Stelle des Generaladjutanten aufzuheben. Der Präsident Johnson hat durch General Grant angeordnet, daß Sides das Kommando eines Infanterie-Regiments in seiner Stellung bei der regulären Armee als Oberst übernehmen solle. Bei der Wahl in Troy und Rochester haben die Demokraten mit einer gegen früher vergrößerten, bei der Wahl in Portland die Republikaner mit einer verminderten Majorität den Sieg davongetragen. Die Truppen des Präsidenten Juarez sind durch die Rebellen von Tuxatan bei Calladilla völlig geschlagen worden.

Pommern.

Stettin, 16. März. Heute ist mit der Legung eines Hebers begonnen, um die bedeutenden Wassermengen, welche sich in der Umgebung des sogenannten Schwanenteiches angesammelt haben, nach dem Festungsgraben abzuleiten.

— Vorgestern Abend brach in dem im Grefsenhagener Kreise jenseits der Oder gelegenen Dorfe Sydow aue, wie es heißt, in einem Schweinestalle, Feuer aus, welches bei der ungünstigen Windrichtung mit rascher Schnelligkeit um sich griff und leider binnen wenigen Stunden 51 verschiedene Gebäude, darunter 15 Wohnhäuser und 12 Scheunen, total einäscherte. Auch 15 Haupt-Mindvieh, eine Anzahl Schweine, Federvieh und bedeutende Vorräthe sind mit verbrannt. Verluste an Menschenleben sind, soweit bis jetzt bekannt, glücklicher Weise nicht zu beklagen. — So eben geht uns noch die Mittheilung zu, daß der Kolonist Brandt bei dem Versuche, sein Pferd aus dem brennenden Stalle zu retten, von demselben einen Hufschlag an den Unterleib erhielt, in Folge dessen er gestern Abend gestorben ist. Die Abgebrannten haben größtentheils in den Ziegelscheunen und anderen der Gutsbesitzer gehörigen Räumen ein einstweiliges Unterkommen gefunden.

— Vorgestern sind zwei hiesige Schiffsarbeiter bei Verrichtung ihrer Arbeiten verunglückt. Am Morgen wurde der beim Löschen des am Seelhofe liegenden englischen Dampfers „Goyo“ beschäftigte Arbeiter Fraach vom Bredower Antheil von einer herabstürzenden Riste getroffen und in die Oder geschleudert. Es gelang zwar, den Verunglückten sofort aus dem Wasser zu ziehen, indessen war er beim Sturze mit dem Kopfe und dem Genick auf einen Balken der sogen. Strahlung aufgeschlagen und verstarb unmittelbar nach seiner Ankunft im Krankenhause an einem Bruch der Wirbelsäule im Genick. — Der zweite Verunglückte ist der hiesige Arbeiter Ludwig Böttcher, der Abends spät von dem ebenfall am Seelhofe liegenden Dampfer „Kante“ über Bord fiel und ertrank. Seine Leiche ist bisher nicht gefunden.

— Der Auskultator Ludwig ist zum Referendarius bei dem hiesigen Appellationsgerichte ernannt.

— Dem Kaufmann Albrecht sind in der Zeit vom 10. bis 12. d. Mts. von seinem Lagerplatze im Zachariengang 4 Tonnen Fettbeeringe, dem Schiffer Jäcks aus Barth vorgestern aus der Kajüte seines beim Garfisonlagareth liegenden Fahrzeuges eine silberne Kette, aus einer Wohnung Burgstraße Nr. 8 in Grabow von einem dort in Schlafstube liegenden Arbeiter mittelst Erbrechens einer Riste 14 Thlr., von welchem Gelde bei dem Diebe kurz nachher nur noch 6 Thlr. vorgefunden wurden, gestohlen.

Vermischtes.

Berlin. Für Weidinger's Unberücksichtigung liefert fast jeder Tag thatsächliche Beweise. Ein Offiziersburgle erschien in diesen Tagen bei einem unserer namhaftesten Augenärzte mit dem Ersuchen, der Herr Doktor möge sich schleunigst zu seinem Herrn nach der Behrenstraße bemühen. Der Herr Oberstleutnant müsse ausgehen und könne keinen Tritt thun. Weitere Nachfrage ergab, daß der Herr Oberstleutnant allerdings an den Augen, aber an den Hüdnern litt. Als der Soldat darauf aufmerksam gemacht wurde, er müsse sich an einen Hüdnern-Operateur wenden, meinte er, er habe das wohl gemußt, aber geglaubt, wer Menschenaugen operire, müsse noch viel besser Hüdnernaugen operiren können.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 14. März, Nachmittags. Angelommene Schiffe: Sophie, Kreuzfeld, von Rügenwalde. Caroline Lüders, Troest, von Rostock. Savannah la Man, Mann, von Newcastle. Raphael Lottinga, Dady, von Mittelbro. Repir, Jofansen, von Aarhus. Sophie, Sorensen, von Memel. Wind: NW. Revier 15½ F. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 16. März. (Frühjahrsstermin.) Witterung: schön. Temperatur + 5° R. Wind: SW.

an der Börse.

Weizen behauptet, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 98—106 R nach Dual, bunter 100—104 R, weißer 106—110 R, ungarischer 92—100 R, 83—85 Pfd. Frühjahr 104¼, 104, 104½, 104 R bez. u. Ob.

Roggen höher bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 78—80½ R, galiz. 75—78 R, Frühjahr 77½, 78 R bez., Mai-Juni 78 R bez., Juni-Juli 75½ R bez., Juli-August 71 R bez.

Gerste matter, pr. 1750 Pfd. loco Oberbrühl 53—54½ R, schles. schles. und mähr. 55—56½ R, 69—70 Pfd. Frühjahr. 55 R bez.

Hafser unverändert, pr. 1300 Pfd. loco 38—40 R, 47—50 Pfd. per Frühjahr. 39½ R bez., Mai-Juni 40½ R bez.

Erbisen niedriger, pr. 2250 Pfd. loco 73—75 R, pr. Frühjahr

Futter 72½ R bez.

Rappkuchen hiesige 2¼ R, fremder pr. Bahn 2 R 8½ R, pr. Rüböl wenig verändert, loco 10½ R, März 10½ R bez., April-Mai 10½ R bez. u. Br., Juli-August 10½ R bez.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 20½ R bez., Frühjahr 20, 19½ R bez., Mai-Juni 20½ R bez. u. Ob., Juni-Juli 20½ R bez.

Angemeldet: Weizen 100 B. Roggen 400 B. Gerste 250 B.

Hafser 50 B. Erbsen 300 B. Rüböl 100 B. Spiritus 350,000 B.

Regulirungs-Preis: Weizen —, Roggen —, Rüböl 10½ R, Spiritus 20 R.

Stettin, den 16. März.

Hamburg	6 Tag.	151½ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
„	2 Mt.	151½ B	St. Schanaplehl.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143½ bz	Pom. Chausseb.-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 25½ bz	Pr. National-V.-A.	4	120 B
„	3 Mt.	6 24½ B	Pr. See-Assecuranz	4	750 B
Paris	10 Tag.	81½ B	Pomerania	4	116 B
„	2 Mt.	—	Union	4	—
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersburg	3 Wch.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1050 B
„	2 Mt.	—	N. St. Zuckersiedl.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sta.-Anl. 5457	4	95½ bz	Bredower	4	—
„	5	—	Walzmühle	4	—
St.-Schldsch.	3½	85½ bz	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Dampfschlepp-G.	5	—
Pomm. Pfdb.	3½	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
„	4	—	Neue Dampfer-C.	4	—
Rentenb.	4	—	Germania	—	100 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan	—	105 B
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle	4	114 B
„	Prior.	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
„	4½	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	—	St. Kraftdüngr-F.	—	—
„	Prior.	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	4½	—	„	—	—